



Protokoll der 31. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. Dezember 2003, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Brodbeck, Doris Greiner

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates, der Finanz- und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2004 <i>://: Voranschlag mit Zusatzanträgen Fiko und BPK zugestimmt</i>	03/152
2. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebsbeiträge 2004 - 2006 <i>://: Vertagt</i>	03/154
3. Bericht des Stadtrates betreffend Jahresprogramm 2004 <i>://: Vertagt</i>	03/160
4. Bericht des Stadtrates betreffend Tempo 30-Zone im Langhagquartier <i>://: An die BPK überwiesen</i>	03/161
5. Bericht des Stadtrates betreffend Begegnungszone im Stedtli <i>://: An die BPK überwiesen</i>	03/162
6. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Paul Finkbeiner betreffend ergänzende Verkehrsbestimmung zur Marktverordnung <i>://: Zur Kenntnis genommen, Postulat abgeschrieben</i>	02/83
7. Postulat von Lukas Flüeler namens der Fraktion Grüne /Fraumättler betreffend urwaldfreundliche Gemeinde ufG <i>://: An den Stadtrat - inhaltlich modifiziert - überwiesen</i>	03/155
8. Interpellation von Jürgen Hänggi namens der Fraktion Grüne/Fraumättler betreffend Abfallreglement <i>://: Erledigt</i>	03/158
9. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs <i>://: Vertagt</i>	03/159

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Dezember-Einwohnerratssitzung. Speziell heisst er Beate Kogon willkommen, die ab 1. Januar 2004 das Ratssekretariat übernimmt. Zur Einführung protokolliert sie ebenfalls die heutige Sitzung, parallel zu Martin Schneider.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Regierungsrätin Elisabeth Schneider hat die Resolution des Einwohnerrates zur Bahn 2000 erhalten, wie sie kürzlich bestätigte. Ratspräsident Paul Finkbeiner verliert ihren Antwortbrief vom 2. Dezember 2003.
- Falls es im Januar zu einer grösseren Anhäufung von Geschäften kommt, wird über eine allfällige Einschaltsitzung im Februar beschlossen. Als provisorisches Datum für diese Sitzung wurde vom Büro Mittwoch, 18. Februar 2004, festgelegt.
- Der Stadtrat hat die Absicht, die Partnergemeinde Onex zu einem Gegenbesuch auf den 29. Februar 2004 (Fasnachts-Sonntag) einzuladen. Ein Konzept ist in Arbeit.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadträtin Regula Gysin informiert über die Arbeitslosenzahlen. Ende November wurden in Liestal 362 Arbeitslose registriert, 104 mehr als zum selben Zeitpunkt im Vorjahr. Die Tendenz ist weiterhin steigend. Zu spüren ist dies vor allem im Departement der Sozialhilfe, aber auch in der Vormundschaft. Im Weiteren weist Regula Gysin darauf hin, dass das Departement Soziales und Kultur ab 1. Januar Soziales/Gesundheit/Kultur heissen wird. Dies, weil die Dienstleistungen im Gesundheitswesen zunehmen. Gegenüber der Öffentlichkeit soll die Vielzahl von Aufgaben im Bereich Gesundheit deutlich gemacht werden. Beispiele für solche Aufgaben sind Hebammendienst, Mütter- und Väterberatung, Krankenkassen, Spitex, Altersaufgaben oder familienergänzende Betreuungsmassnahmen wie Tagesheime und Tagesfamilien.

Als **StimmzählerInnen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Elisabeth Augstburger
- Luzia Kilchmann
- Adrian Mächler

Traktandenliste

- Stadtpräsident Marc Lüthi teilt mit, die FDP-Fraktion habe festgestellt, dass dem Jahresprogramm 2004 kein Antrag des Stadtrates beiliege. Beim Versand sei ein Fehler passiert. Die Vorlage, eine Kurzfassung mit einem ordentlichen Antrag, liege nun auf dem Tisch. Der Stadtrat entschuldige sich für das Versehen mit einem Schoggi-Fünfliber, den ebenfalls jeder an seinem Platz vorfinde.

- Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, das Traktandum 2 (Sport- und Volksbad Gitterli AG, Betriebsbeiträge 2004 - 2006) werde abgesetzt, weil der Bericht der Finanzkommission noch nicht vorliege.
- Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) stellt den Überweisungsantrag des Ratsbüros zum Traktandum 4 (Tempo 30-Zone Langhagquartier). Nach dem Willen des Büros soll das Geschäft zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen werden.
- Franz Kaufmann (SP) äussert, die SP-Fraktion sei gegen eine Überweisung; Traktandum 4 und auch Traktandum 5 (Begegnungszone Stedtli) seien direkt zu beraten. Es handle sich um politische Entscheide, die Kommission müsse dazu nicht Stellung nehmen. Es mache keinen Sinn, die beiden Themen auf die lange Bank zu schieben.
- BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) hält dem entgegen, die FDP-Fraktion sei eigentlich sogar für eine Rückweisung der Vorlage Tempo 30-Zone Langhagquartier. Die dafür vorgesehenen CHF 80'000.- seien nicht im Budget 2004 enthalten. Die FDP-Fraktion setze sich aber für die Überweisung ein, damit die Bau- und Planungskommission beraten könne, was es alles für die Geschwindigkeitsverlangsamung im Langhagquartier brauche. Das Ratsbüro habe diskutiert, ob er als Anwohner der Langhagstrasse eventuell in Ausstand treten solle. Die Fraktion finde dies aber nicht notwendig. In der Kommission werde dies noch besprochen, falls das Geschäft überwiesen werde.
- Astrid Basler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion sei dafür, zumindest das Thema Begegnungszone Stedtli ohne Vorberatung an der heutigen Sitzung zu verhandeln. Die Vorlage sei gut formuliert, die Kosten seien klar aufgelistet. Beim Traktandum 4 vertrete die Fraktion ebenfalls dieselbe Meinung wie Franz Kaufmann.
- Die SVP/CVP/EVP-Fraktion tritt für eine Überweisung ein.
 - ://: 1. Das Geschäft Nr. 03/161 wird mit 20 zu 14 Stimmen an die BPK überwiesen.
 - 2. Das Geschäft Nr. 03/162 wird ebenfalls mit 20 zu 14 Stimmen an die BPK überwiesen.

Damit ist die Bereinigung der Traktandenliste abgeschlossen.

Bis zum Schluss der Sitzung konnte das Traktandum Nummer 9 (Interpellation von Ernst Burkhardt zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs) nicht behandelt werden. Es erscheint auf der Traktandenliste der Sitzung vom 28. Januar 2004.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend (Nr. 03/163)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 5. November 2003

://: Das Protokoll wird folgender Änderung genehmigt: Auf Seite 788 steht im Votum von Martin Sigrist: "Zudem hätten die Selbständigerwerbenden keine Steuererklärungen erhalten." Der Begriff "Steuererklärungen" wird durch "Steuerrechnungen" ersetzt.

281 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

1. Berichte des Stadtrates, der Finanz- und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2004 (Nr. 03/152)

Im Sinne der Transparenz und der gegenseitigen Abstimmung hat sich der Stadtrat entschlossen, die Berichterstattung von Budget und Jahresprogramm zu vereinheitlichen. Querbezüge sollten damit möglich sein.

Der Stadtrat stellt mit Genugtuung fest, dass sich der Budgetprozess nahtlos am Finanzplan 2004-2008 orientiert. Er kann deshalb schon heute sagen, dass sich die Festlegung von Zielen und Prioritäten – mündend in Projekten zur Sanierung der Finanzen der Stadt Liestal - nach intensiven Diskussionen im Stadtrat und in der Verwaltung gelohnt hat. Der Stadtrat richtete demzufolge bei der Beurteilung des Budgets sein Hauptaugenmerk auf die Finanzplan-Kenngrößen Nettoaufwand, Zinsaufwand, Steuererträge und Investitionen.

Annahmen und das Budget massgeblich beeinflussende Faktoren gemäss Budget-Richtlinien sind:

- Personalaufwand / Teuerungsausgleich von 1 %.
- Sachaufwand / Nebst den Einzelprojekten gemäss "Sparpaket 2003" zusätzliche Reduktion um CHF 250'000.-- gegenüber dem Budget 2003.
- Sparpaket 2003 / Sparmassnahmen sollen schrittweise umgesetzt werden. Gewisse Projekte sind an Kündigungstermine gebunden.
- Steuern natürliche Personen / Zunahme von 3 % gegenüber Steuerjahr 2001.
- Steuern juristische Personen / Es wird ein Ertragsrückgang erwartet.
- Ungebundener Finanzausgleich / Unter Berücksichtigung des neuen Finanzausgleichsgesetzes und der geringeren Steuererträge bei den juristischen Personen wird ein ungebundener Finanzausgleichsbeitrag erwartet.
- Gebundener Finanzausgleich / Infolge der Übergangsbestimmungen zum neuen Finanzausgleichsgesetz gilt der bereits im Juli 2003 festgelegte Subventionssatz für Liestal von null Prozent für die Zeit vom 1. August 2003 bis 31. Dezember 2004.
- Investitionen / Limitierung der Nettoinvestitionen im Jahr 2004 auf CHF 3.0 Mio.

Gesamthaft gesehen macht Liestal mit dem Budget einen entscheidenden Schritt in eine Zukunft mit einer geordneten Finanzlage: Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist eine Trendumkehr festzustellen: Es werden positive Zahlen prognostiziert.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das Budget für das Jahr 2004 wird genehmigt und vom Stellenplan Kenntnis genommen.
2. Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen	67,0% der Staatssteuer (unverändert)
Juristische Personen	5,0% Ertragssteuer (unverändert)
	5,5% Kapitalsteuer (unverändert)
Feuerwehrpflichtersatz	0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)
3. Der Teuerungsausgleich wird analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen (im Voranschlag 2004 ist 1 % enthalten).

Die Finanzkommission hat das Budget 2004 im Detail vorberaten und stellt folgende Anträge:

Antrag der Fiko

Die Fiko empfiehlt dem ER auf die Vorlage 03/152 Budget 2004 einzutreten (ja: 6; nein: 3)

Zu den Anträgen des Stadtrates

- 1a. Das Budget für das Jahr 2004 wird genehmigt...
Antrag Fiko: ja: 2; nein: 4; enthalten: 1
- 1b. ... und vom Stellenplan wird Kenntnis genommen.
Antrag Fiko: ja: 3; nein: 1; enthalten: 3

2. Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:
Natürliche Personen 67,0% der Staatssteuer (unverändert)
Juristische Personen 5,0% Ertragssteuer (unverändert)
..5,5%o Kapitalsteuer (unverändert)
Feuerwehrpflichtersatz 0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)
Antrag Fiko: einstimmig zugestimmt

3. Der Teuerungsausgleich wird analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen. (Im Voranschlag 2004 ist 1 % enthalten.)
Antrag Fiko: analog Landratsbeschluss für die kant. Verwaltung: 0%
Antrag Fiko für die Stadt: 0% (ja: 6; nein: 1)

4. **Antrag Fiko: 020.506.04 Ersatz Hardware**
Die Fiko beantragt, diesen Budgetposten in einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen.

5. **Antrag Fiko: Hallenbad**
Im Rahmen des Budgets wird ein Beitrag von CHF 400'000 zugesagt. Eine Erhöhung auf CHF 600'000 wird im Januar 2004 bei der Diskussion der Vorlage 03/154 entschieden werden.

Die Bau- und Planungskommission hat im Auftrag der Finanzkommission die gebundenen Ausgaben des Budgets 2004 vorberaten und stellt dem Rat folgende Anträge:

140.506.04 Feuerwehr, Zugfahrzeug als Ersatz für Lego 6 CHF 60'000
Die BPK beantragt die Beschaffung dieses Fahrzeuges im Rahmen der Gebundenen Ausgaben.

200.503.09 Kindergarten Radacker, Sanierung CHF 500'000
Die BPK beantragt mit 6 zu 0 Stimmen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

241.503.01 Primarschulhaus Gestadeck, Projektierungskredit CHF 100'000
Die BPK beantragt, die CHF 100'000 nicht als Gebundene Ausgabe zu genehmigen.

620.506.03, Kleinlastwagen, Ersatz CHF 150'000
Die BPK beantragt einstimmig den Ersatz dieses Kommunalfahrzeuges als Gebundene Ausgabe.

620.506.04, Kleintraktor, Ersatz CHF 80'000
Die Kommission beantragt einstimmig, der Beschaffung als Gebundene Ausgabe zuzustimmen.

**740.503.02, Friedhof, Sanierung Werkstatt und
Magazingebäude** CHF 300'000
In Absprache mit der Leiterin Betriebe beantragt die BPK mit 5 zu 1 Stimmen, den Investitionskredit im Budget zu belassen, jedoch nicht als Gebundene Ausgabe.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

700.509.03, Qualitätssicherung CHF 100'000
Die BPK unterstützt die Zertifizierung als dazu geeignetes Mittel. Die Behandlung des Betrages als Gebundene Ausgabe ist unbestritten.

700.501.71, Wasserversorgung Heidenlochstrasse CHF 300'000

710.501.36, Abwasserleitung Heidenlochstrasse CHF 50'000
Die BPK beantragt einstimmig, beide Investitionen als Gebundene Ausgaben zu belassen und nicht in die Vorlage für den Ausbau Heidenlochstrasse zu integrieren.

710.501.43, Abwasserkanal Kantinenweg CHF 250'000
Die Kommission beantragt, den Betrag als Gebundene Ausgabe zu belassen.

710.501.50, Kanal H2 Untere Brunnmatt CHF 300'000
Die Kommission beantragt, diese Position aus dem Voranschlag 2004 zu streichen.

**710.501.53, Abwasserkanal
Waldenburgerstrasse/Grammetstrasse** CHF 400'000
Die Kommission beantragt, dieses Geschäft nicht als Gebundene Ausgabe zu behandeln.

Anträge der BPK zu den Gebundenen Ausgaben

200.503.09, Kindergarten Radacker CHF 500'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

241.503.01, Sanierung Primarschulhaus Gestadeck CHF 100'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

740.503.02, Friedhof CHF 300'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

710.501.50, Kanal H2, Untere Brunnmatt CHF 300'000
Wird aus dem Voranschlag gestrichen.

**710.501.53, Abwasserkanal
Waldenburgerstrasse/Grammetstrasse** CHF 400'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

Von Ratsmitgliedern sind termingerecht folgende weitere Budgetanträge eingetroffen:

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler):

Position 350.318.02 - Der Betriebsbeitrag an die offene Jugendarbeit wird von CHF 110'000.- auf CHF 160'000.- erhöht mit dem Ziel, eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Jugendwerk des Blauen Kreuzes abzuschliessen.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler):

Position 720.318.03 - Der im Budget eingetragene Betrag von CHF 40'000.- und die Entschädigung von CHF 40.- pro Tonne Altpapier sollen beibehalten werden.

Ratspräsident Paul Finkbeiner hält fest, dass die Fiko zum Budget zwar Eintreten vorschlägt, das Budget selbst aber zur Ablehnung empfiehlt. In seiner Amtszeit habe er so etwas noch nicht erlebt. Er sei gespannt, wie das Ganze herauskomme.

Zum Vorgehen bei diesem Traktandum schlägt er folgende Reihenfolge vor: Zuerst soll der Fiko-Präsident das Wort haben, dann der BPK-Präsident, danach erfolgt die Stellungnahme des Stadtrats. In der darauffolgenden Eintretensdebatte sollen sich die Fraktionsredner auf das Wesentliche beschränken. Wenn das Budget nicht zurückgewiesen wird, werden dann die Zusatzanträge von Marie-Therese Beeler und Ernst Gebhard behandelt. Darauf folgt die Detailberatung mit seitenweisem Durchgehen des Budgets. Bei den Anträgen wird zuerst über die Zusatzanträge der Fiko, dann über diejenigen der BPK und schliesslich über die Anträge 1a, 1b, 2 und 3 der Fiko abgestimmt.

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (parteilos) erklärt, das Budget 2004 sei ein heikles Thema. Der Fiko gehe es darum, den Ist-Zustand ungeschminkt darzustellen. Die Kommission interessiere sich vor allem für zwei Dinge: den Bilanzfehlbetrag und die Fremdverschuldung.

Zum Eintreten auf das Budget sage die Fiko ja, zum Budget selbst aber nein. Dies wolle er erklären. Die Motion Fluri (Nr. 02/118) besage, dass die Verschuldung und der Finanzfehlbetrag nicht zunehmen dürften; dies werde nicht erfüllt. Die Fiko widerspreche dem Stadtrat, sie sehe keine Trendwende. Vorne stehe nicht ein Plus, wie der Stadtrat behaupte, sondern ein Minus. Ursprünglich habe es geheissen, das Budget werde genau gemäss dem Finanzplan erstellt. Dem Finanzplan habe die Fiko auch zugestimmt. Die Erwartung eines ausgeglichenen Budgets werde nicht erfüllt. Die Abweichungen seien gravierend, habe die Kommissionmehrheit gefunden. Eine Minderheit in der Kommission sei der Meinung, es gebe zwar ein strukturelles Problem; das Budget aber ganz neu aufzurollen, sei nicht sinnvoll.

Die Forderung der Fiko laute: Bei dem hohen Steuerfuss von 67 Prozent darf es keine Zunahme der Fremdverschuldung geben. Der Stadtrat gehe von der Annahme eines Finanzausgleichs von CHF 500'000.- aus. Das sei zwar eine vernünftige Annahme, es könne aber auch anders sein. Ein robustes Budget sollte ausgeglichen sein, auch ohne Finanzausgleich oder andere Annahmen. Solches Geld sei für den Schuldenabbau zu verwenden. Langsam müsse man auf die Schiene des Schuldenabbaus kommen.

Zu den Anträgen der Fiko: Es sollten doch einige Pflöcke eingeschlagen werden, deswegen sei die Fiko für Eintreten. Man wolle über das Budget diskutieren. Bezüglich Stellenplan folge die Fiko dem Stadtrat. Zum Thema Hallenbad: Die CHF

400'000.- seien zu belassen, das weitere Vorgehen danach, mit der entsprechenden Vorlage Nr. 03/154, zu bestimmen.

Im Weiteren habe die Fiko heute an einer kurzen Sitzung die beiden zusätzlichen Anträge diskutiert. Zum Budgetantrag von Ernst Gebhardt: Eigentlich stehe die Fiko dem Antrag wohlwollend gegenüber. Es gehe um eine indirekte Unterstützung der Vereine. Die Fiko stimme dieser zu; es müssten aber klarere Abmachungen hinsichtlich Versicherungen etc. mit den Vereinen getroffen werden. Die Abstimmung in der Fiko sei ausgeglichen ausgegangen, deshalb müsse der Rat darüber entscheiden. Zum Antrag von Marie-Therese Beeler: Der Stadtrat bestätige grundsätzlich ihre Aussagen. Der Beitrag von CHF 110'000.- sei nie gekürzt worden. Zudem wolle der Stadtrat sich nicht ausschliesslich auf das Blaue Kreuz abstützen, was die Fiko unterstütze. Das Thema werde durch das Postulat Oeri-Devereux in einen grösseren Zusammenhang gestellt.

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) betont, die BPK sei sich bewusst, dass der Budget-Prozess eine anspruchsvolle Arbeit sei. Aber gerade bei den gebundenen Ausgaben brauche es eine gewisse Disziplin. Etwas überrascht sei man bei den Liegenschaften Kindergarten Radacker und Gestadeck-Schulhaus gewesen: Dort sei alles etwas überstürzt dahergekommen, was kein Vertrauen geschaffen habe. Verschiedenes sei auch nicht nachvollziehbar.

Zu den Anträgen der BPK:

1.) Kindergarten im Radacker: Ursprünglich sei man von einer Sanierung ausgegangen. Der Stadtrat schlage aber einen Neubau vor, verbunden mit einem Landverkauf. Hier seien viele Fragen offen. Der Stadtrat habe eine Vorlage an den Einwohnerrat versprochen. Unter diesen Umständen sei es nicht möglich, den Posten als gebundene Ausgabe zu behandeln. Der Betrag von CHF 500'000.- solle deshalb im Budget belassen werden, aber nicht als gebundene Ausgabe.

2.) Sanierung Primarschulhaus Gestadeck: CHF 100'000.- seien für einen Projektierungskredit vorgesehen. Die BPK sei zum Schluss gekommen, dass man den Kredit nicht als gebundene Ausgabe behandeln könne, da auch ein Neubau - nämlich derjenige der Regionalen Musikschule - darin enthalten sei. Überhaupt sei unklar, was projektiert werden solle; auch hier sei zuerst Ordnung zu schaffen. Die BPK beantrage, diesen Betrag im Voranschlag zu lassen, aber ebenfalls nicht als gebundene Ausgabe. Stadtrat Heiner Karrer habe darauf hingewiesen, dass der Stadtrat zuerst eine Konzeptstudie brauche und erst danach eine Vorlage für den Planungskredit ausarbeiten könne.

3.) Sanierung des Friedhof-Magazins: Die BPK rege an, das Geschäft zu überdenken. Es stelle sich die Frage, ob es für die Sanierung dieses kleinen Objekts wirklich CHF 300'000.- brauche. Es sehe danach aus, dass der Bereich Betriebe und der Stadtrat eine Arbeitsgruppe schaffen wollten, die Ideen einbringen solle. Der Betrag solle nach Meinung der BPK im Budget belassen werden, aber nicht als gebundene Ausgabe. Das bedeute, dass der Stadtrat eine Vorlage an den Einwohnerrat auszuarbeiten habe.

4.) Sanierung des Abwasserkanals in der H2: Dafür seien CHF 300'000.- vorgesehen. Der Kanton habe aber den Bau der H2 bewilligt und diesen um zwei Jahre hinausgeschoben. Die Sanierungsarbeiten am Kanal seien unbedingt im Rahmen der Bauarbeiten an der Strasse zu machen, deswegen sei der Betrag aus dem Voranschlag zu streichen. Es sei zu beachten, dass dieser Posten die Abwasserkasse betreffe und nicht die laufende Rechnung.

5.) Abwasserkanal Waldenburgerstrasse/Grammetstrasse: Dabei handle es sich um ein grosses Projekt, das im Finanzplan bis ins Jahr 2006 gehe und rund 1,2 Millionen

Franken koste. Die BPK sei darauf gestossen, dass es hier eine Kostenbeteiligung des Kantons gebe. Sie sei der Meinung, man solle nicht CHF 400'000.- für die erste Etappe bewilligen, wenn noch nicht klar sei, was der Kanton bezahle. Die BPK schlage vor, dass der Stadtrat eine Vorlage über den ganzen Betrag ausarbeite. Daraus solle ersichtlich sein, wieviel der Kanton an die Sanierung bezahlen werde. Den Betrag habe die BPK im Voranschlag stehen gelassen, aber nicht als gebundene Ausgabe.

Die BPK empfehle den Anwesenden, allen fünf Anträgen zuzustimmen.

Stadtpräsident Marc Lüthi beginnt seine Ausführungen mit einem Zitat von Goethe: "Zwar weiß ich viel - doch möcht' ich alles wissen!"

Der Stadtrat wisse, dass

- er mit den Sanierungsarbeiten noch längst nicht am Ziel sei;
- das vorliegende Budget ihn nicht ausruhen lasse;
- die dringliche Motion noch nicht erfüllt sei;
- er beweisen müsse, dass der im Finanzplan aufgezeigte Weg richtig sei;
- mit einer positiven Grundstimmung sich Probleme besser anpacken liessen als mit einer negativen;
- in der Rechnung in den Hauptposten kein Minus stehe. Als Korrektur kämen die Budgetanträge hinzu, die der Stadtrat befürworte. Man sehe, dass mit den Korrekturen das Finanzierungssaldo II - das, was am Schluss in der Kasse zum Zurückzahlen bleibe - bei CHF 1,2 Mio liege.

Anzufügen sei, dass das eine Prozent Teuerungszulage gestrichen werde. Die Personalkommission habe ausdrücklich mitgeteilt, dass sie damit einverstanden sei.

Der Stadtrat wolle gerne noch mehr wissen, zum Beispiel,

- wie die Entwicklung der Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Konjunktur verlaufe;
- wie die Entwicklung der Steuereinnahmen absolut und im Vergleich zu den anderen Gemeinden, vor allem bei den juristischen Personen, sei (der Vergleich zu den anderen Gemeinden sei die Messlatte für den Finanzausgleich);
- was die Spardebatte im Bund und im Kanton für die Gemeinden bedeute.

Die wichtige Frage, ob man auf dem richtigen Weg sei, müsse regelmässig gestellt werden. Die Legislaturziele, der Finanzplan, das Jahresprogramm und das Budget würden den Rahmen geben; die Aufgabe des Stadtrates sei es, im Moment Grundlagen zu erarbeiten und Informationen zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Budget liefere der Stadtrat eine Grundlage für die neue Crew. Die Exekutive stimme mit Überzeugung dem Budget zu.

Eintretensdebatte

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion teile die positive Meinung des Stadtrates zum Budget 2004 keineswegs. Der Stadtrat nutze jede Möglichkeit, Verbesserungen hochzuspielen. Man müsse sich fragen, ob er der Bevölkerung keinen reinen Wein einschenken wolle. Die FDP-Fraktion beziehe sich bei der Beurteilung des Budgets auf die Motion zur Sanierung des Finanzhaushalts 02/118, die ein ausgeglichenes Budget und eine Reduktion der verzinslichen Schulden von zwei Millionen Franken im Jahr fordere.

Gemäss Stadtrat schliesse der Voranschlag 2004 mit einem Gewinn in der laufenden Rechnung von CHF 135'000.- ab. Man müsse aber sehen, dass die Stadt vom Kanton Zahlungen von rund CHF 1,7 Mio für den Unterhalt der Sekundarschulhäuser

budgetiere, davon aber nur CHF 1,1 Mio für den Unterhalt als Aufwand plane. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, der budgetierte Überschuss von CHF 600'000.- dürfe nicht zur Verbesserung der laufenden Rechnung herangezogen werden, sondern müsse für den künftigen Unterhalt der Sekundarschulhäuser zurückgestellt oder als Sonderabschreibung auf diesen Objekten verwendet werden.

Werde der aus den Sekundarschulhäusern generierte Überschuss vom Ergebnis des Voranschlags abgezogen, resultiere ein Verlust von rund CHF 464'000.-. Das bedeute, es gebe keinen Silberstreifen am Horizont. Das Ziel sei nicht erreicht, die Vorgaben seien nicht eingehalten. Das stehe in klarem Widerspruch zur Motion 02/118. Zum Thema Fremdverschuldung: Für die Amortisation der Sekundarschulhäuser erhalte die Stadt CHF 970'000.-, die gemäss der Fraktionsmeinung zur Schuldentilgung eingesetzt werden müssten. Gemäss Voranschlag werde die Schuldenlast jedoch nur um CHF 813'000.- reduziert. Das entspreche einer Zunahme der Fremdverschuldung um CHF 157'000.-.

Der Voranschlag verzeichne einen Verlust in der laufenden Rechnung und eine verdeckte Zunahme der Fremdverschuldung. Der Unmut der Fraktion über das Budget sei deshalb gross. Die FDP-Fraktion sei mehrheitlich für die Rückweisung des Budgets an den Stadtrat. Ab 1. Juli 2004 würden die Weichen hoffentlich anders gestellt.

Philipp Senn (SP) betont, es lägen alle Argumente auf dem Tisch, seine Fraktion sei für das Eintreten.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) legt dar, auch ihre Fraktion sei für das Eintreten, ebenso für die Annahme des Budgets. Es entspreche dem Finanzplan, den man kurz zuvor angenommen habe. Zum Thema Finanzierung der Sekundarschulbauten: Dem Kanton werde von der Fiko signalisiert, er gebe Geld, das man gar nicht brauche. Man ziehe hier willkürlich ein einzelnes Thema heran. Wenn man schon dazu übergehen wolle, einen solchen Rechnungskreislauf zu betrachten, müsste man eine Vollkostenrechnung machen und anschauen, was Liestal sonst noch ausbe, um Sekundarschulstandort sein zu können. Liestal sei im Übrigen nicht einfach Immobilienverwalter für den Kanton, sondern Sekundarschulstandort. Die Stadt wolle dies auch sein und ihren Beitrag leisten.

Peter Furrer (SVP/CVPEVP) sagt, der Stadtrat lege ein Budget mit positiven Zahlen vor, mit einem Ertragsüberschuss von CHF 135'000.- und einem Finanzierungsüberschuss von CHF 813'000.-. Es gebe allerdings ein Haar in der Suppe. Vom Kanton erhalte die Stadt rund CHF 1 Mio. pro Jahr für die Amortisation von Fremdschulden, verursacht durch die Finanzierung der Sekundarschulbauten. Seit Jahren habe Liestal denselben Stand bei den Fremdschulden. Um diese zu vermindern, brauche es ein besseres Ergebnis, nämlich um CHF 157'000.-. Die Stadt müsste sich demnach um weitere CHF 157'000.- verschulden, um die Mittel des Kantons zweckentprechend einzusetzen. Bei dieser Betrachtung seien budgetierte, aber noch nicht zugesicherte Einnahmen noch gar nicht berücksichtigt. Auf den zweiten Blick weise das Budget einmal mehr ein negatives Resultat auf. Deshalb sei die Mehrheit der Fraktion der Ansicht, dass mit diesem Budget die Vorgaben bei weitem nicht erfüllt seien. Eine Mehrheit sei dafür, das Budget abzulehnen.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) betont, soviel er wisse, sei die Mehrheit der SVP/CVP/EVP-Fraktion für Eintreten auf das Budget. Man sei noch immer bei der Eintretensdebatte.

Stadtpräsident Marc Lüthi weist darauf hin, dass die Sekundarschulen Eigentum der Stadt Liestal seien. Im Weiteren wolle er nochmals hervorheben, dass die Schwierigkeiten, vor denen die Stadt Liestal stehe, erkannt seien. Der Wein, den der Stadtrat einschenke, sei für ihn sehr rein.

://: Mit deutlicher Mehrheit bei vier Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Astrid Basler (GL/Fraumättler) fragt, weshalb bei der Feuerwehr (Konto-Nr. 140.309) unter übrigem Personalaufwand so grosszügig aufgerundet werde. Der Betrag sei doppelt so hoch wie in der Rechnung 2002.

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, dies habe vor allem mit der Aus- und Weiterbildung zu tun. Es gebe diesbezüglich Nachholbedarf, hauptsächlich bei den Kaderleuten. Diese Kurse seien sehr teuer.

Zu den Details des Budgets 2004 erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Weitere Budgetanträge

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler):

Position 350.318.02 - Der Betriebsbeitrag an die offene Jugendarbeit wird von CHF 110'000.- auf CHF 160'000.- erhöht mit dem Ziel, eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Jugendwerk des Blauen Kreuzes abzuschliessen.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) fügt an, es gebe folgendes Gegenargument: Es wolle ja niemand Geld streichen, sondern lediglich die Summe nicht erhöhen. Seit mindestens zehn Jahren sei dieser Budgetposten aber gleich hoch. Als man vor Jahren auf den Betrag von CHF 110'000.- für die offene Jugendarbeit gekommen sei, sei diese Arbeit hauptsächlich auf ehrenamtlicher Basis geleistet worden. Sie sei stark konfessionell ausgerichtet und von christlichem Engagement geprägt gewesen. Der Charakter dieser Arbeit habe sich aber verändert. Das Heer der Ehrenamtlichen gebe es nicht mehr. Die Jugendarbeit sei anspruchsvoller geworden, sie rufe nach professionellem Einsatz. Deshalb habe das Jugendwerk des Blauen Kreuzes vor gut einem Jahr gesagt, es sei nicht mehr in der Lage, mit diesem Betrag den Leistungsauftrag der Stadt zu erfüllen. Auch mit der Aufstockung sei dies, im Vergleich zu anderen Gemeinden, immer noch eine billige Variante. Das Postulat von Orla Oeridevereux, das die ganze Jugendfrage in einen grösseren Zusammenhang stelle, sei zu befürworten. Das Postulat sei aber kein Budgetantrag. Es sei dafür zu sorgen, dass 2004 nicht alles zusammenfalle.

Stadträtin Regula Gysin unterstreicht, der Stadtrat sei diesbezüglich bereits an der Arbeit. Im vergangenen heissen Sommer hätten die Drogen- und Gewaltprobleme in Liestal massiv zugenommen, vor allem in der Allee und am Bahnhof, aber auch beim Brunnmatt-Kindergarten und am Schwieri-Spielplatz. Man sei in intensiven Gesprächen mit dem Joy. Man habe festgestellt, dass das Thema kein reines Liestaler Problem sei. Deswegen habe das Departement im vergangenen Herbst eine grosse Informationsrunde mit Fachpersonen und beteiligten Stellen veranstaltet. Dort sei man zum Schluss gekommen, dass es ein Konzept brauche. Im Januar wolle man zu

sammen mit Fachpersonen mit der Erarbeitung beginnen. An der Einwohnerratssitzung im Januar wolle sie die Problematik aufzeigen, ebenso, welche Massnahmen und Vorgaben ins Konzept gehörten. Im nächsten Jahr werde dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet, die die ganze Situation breiter darlege. Jetzt lehne der Stadtrat einen zusätzlichen Budgetantrag ab, da er sich 2004 konkret mit dem Thema befassen werde. Dann werde man auch wissen, was finanziell auf einen zukomme.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, es lägen schwierige soziale Probleme vor, die bewältigt werden müssten. Man solle nicht warten, bis ein Konzept da sei. Es seien Arbeitslosenzahlen genannt worden; es gebe durcheinandergeschüttelte Familien und desorientierte Kinder, die irgendwo landeten. Wenn man nur spare, würden sich die Probleme in diesem Bereich verschärfen. Die SP-Fraktion habe im vergangenen Jahr einem Budgetantrag für die Jugendarbeit nicht zugestimmt, weil sie der Meinung war, die Jugendarbeit müsse auf eine breitere Basis kommen. Die Signale seien eigentlich dort schon klar gewesen. Man habe gehofft, der Stadtrat würde vorwärts machen und bereits vor dem jetzigen Budget etwas Konkretes vorlegen. Die Fraktion wolle die Bemühungen des Stadtrates unterstützen, dass die Jugendarbeit breiter abgestützt werde als nur durch das Blaue Kreuz. Aber für die momentane Arbeit unterstütze die SP-Fraktion den Zusatzbetrag von CHF 50'000.-. Dies sei eine kleine Sache im Vergleich zu den Problemen, die man habe, wenn man den Betrag nicht spreche. Er hoffe, der Stadtrat werde trotzdem rasch Grundlagen liefern.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, die Stadt Liestal kämpfe um Geld. In den Vereinen werde ehrenamtliche Jugendarbeit für Gotteslohn geleistet. Es sei seltsam, wenn nun irgendeine Institution mehr Geld bekomme. Zuerst müsse ein ganzheitlicher Ansatz vorhanden sein. Der Plan des Stadtrates sei gut, auch der Vorstoss von Orla Oeri-Devereux, aber es gehe nicht an, dass die einen Geld bekommen und die anderen nicht. Dem Antrag sei nicht zuzustimmen.

Franz Kaufmann (SP) legt dar, niemand bezweifle die Arbeit, die die Vereine leisteten. Aber man rede hier von jenen jungen Leuten, die durch alle Maschen fallen. Man habe die Diagnose von Stadträtin Regula Gysin gehört, wie prekär die Situation im vergangenen Sommer gewesen sei. Es gelte, eine Sofortmassnahme für 2004 zu ergreifen. Bei diesem Thema müsse man flexibel sein. Der Zusatzbetrag sei jetzt zu beschliessen, danach müsse ein Konzept für eine breitere Basis ausgearbeitet werden.

Orla Oeri-Devereux (SP) weist darauf hin, dass ihr Postulat nichts mit dem Antrag von Marie-Therese Beeler zu tun habe. Das Postulat sei noch nicht überwiesen; wenn es überwiesen werde, daure es noch Monate, bis man handeln könne. Deshalb sei es wichtig, jetzt auf die aktuellen Umstände zu reagieren.

Peter Rohrbach (parteilos) fragt, ob Stadträtin Regula Gysin einen verbindlichen Termin für den Start der Arbeit am Konzept nennen könne.

Stadträtin Regula Gysin teilt mit, dass die Runde im Januar mit der Arbeit beginne. Das Joy sei dort sehr eng mit einbezogen. Die Ansätze sollten so rasch wie möglich vorliegen.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) gibt zu bedenken, dass das Klima in Liestal immer rauher werde. Die Stadt müsse dringend niederschwellige Angebote zur Verfügung

stellen, und zwar jetzt. Beim Zivilschutz und der Feuerwehr werde grosszügig im Budget aufgerundet; aber bei der Jugend, die die Zukunft gestalten solle, wolle man sparen. Das gehe nicht auf. Jeder vierte Haushalt in der Schweiz gelte als arm, jedes dritte Kind lebe in einer Familie, die von Trennung oder Scheidung betroffen sei, 30 Prozent der Sozialhilfeempfänger seien unter 18 Jahre alt. Es sei klar, dass es mehr Geld für die Prävention brauche.

Hanspeter Mohler (FDP) bemerkt, das Problem sei natürlich nicht bestritten. Aber man habe lesen können, das Joy sei derzeit auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es frage sich, ob man unter diesen Umständen überhaupt CHF 110'000.- für das Jahr 2004 brauche.

Stadtpräsident Marc Lüthi findet, jetzt solle man nein stimmen, aber das Anliegen in den Planungsprozess integrieren. Man solle das Budget jetzt aber nicht noch verschlechtern.

://: Der Zusatzantrag von Marie-Therese Beeler wird mit 17 zu 15 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler):

Position 720.318.03 - Der im Budget eingestellte Betrag von CHF 40'000.- und die Entschädigung von CHF 40.- pro Tonne Altpapier sollen beibehalten werden.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) ergänzt, es werde immer schwieriger, Leute und Autos für die Papiersammlung zu finden, weil es immer weniger Geld dafür gebe. Für die Fasnachtscliquen sei die Papiersammlung nicht mehr lukrativ. Das Ganze hänge immer an ein paar wenigen Leuten, und der Aufwand dafür sei riesig. Wenn man weniger als 40 Rappen pro Kilo Papier erhalte, sei er auch nicht mehr bereit zu sammeln.

Stadtrat Werner Kunz sagt, er habe für diese Haltung Verständnis. Letztlich gehe es aber darum, auch bei kleinen Posten zu sparen. Innerhalb der Neuausrichtung der Betriebe existierten verschiedene Teilprojekte. Ein kleiner Teil eines solchen Projekts sei die Papiersammlung. Sie verursache bei der Vollkostenrechnung Kosten von durchschnittlich CHF 10'000.-. Man habe mit den Vereinen und Schulen schon darüber diskutiert, ob sie bereit wären, auf die Papiersammlung zu verzichten. Stattdessen könnte der Stadtrat eine private Entsorgungsfirma mit der Sammlung beauftragen. Dies ergäbe eine Nullrechnung. Die Vereine hätten aber den Wunsch geäußert, sich weiter zu beteiligen. Die Stadt sei auf der anderen Seite nicht mehr bereit, CHF 40.- pro Tonne zu bezahlen. Mit CHF 35.- pro Tonne liessen sich die Kosten um etwa die Hälfte reduzieren. Ein entsprechender Antrag sei vom Stadtrat angenommen worden und dementsprechend ins Budget eingeflossen. Er wolle noch einige Beispiele für die Auswirkung der Reduktion anführen: Aus der Rechnung 2002 sei ersichtlich, dass zum Beispiel das Gymnasium CHF 1'890.- mit dem Sammeln verdient habe. Mit CHF 35.- pro Tonne würde sich dieser Betrag um CHF 236.- reduzieren. Die Primar- und Realschulen hätten 2002 etwas über CHF 11'000.- verdient; sie würden ca. CHF 1'400.- verlieren. Er fände den Verzicht von CHF 5.- tragbar, dies würde die Rechnung um immerhin CHF 5'000.- entlasten.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, er verstehe die Haltung der Stadt, aber als Vereinsmitglied habe er daran natürlich keine Freude. Man müsse einen solchen Entscheid jedoch akzeptieren. Er sei dankbar, dass man die Gelegenheit zum Sammeln noch immer habe.

Ernst Burkhardt (SP) bekräftigt, die Vereine leisteten wertvolle Präventionsarbeit. Er stimme diesem Antrag zu, weil es hier eben nicht nur ums Geld gehe.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) äussert, das Papiersammeln sei eine soziale Aktivität. Es gehe darum, ein gemeinsames Erlebnis zu haben, um Integration, darum, etwas gemeinsam zu erarbeiten, um sich dann etwas zu leisten.

Marie Therese Beeler (GL/Fraumättler) wirft ein, dass man 5'000 Franken nicht am falschen Ort sparen solle. Die Arbeit der Vereine sei wertvoll. Auch der Aspekt der Umweltpädagogik sei zu berücksichtigen. Es sei deshalb sehr gut, wenn die Schulen sich am Papiersammeln beteiligen würden.

Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass bereits ein Konsens zwischen dem Stadtrat und den Betroffenen gefunden wurde. Nur einer wolle jetzt etwas anderes. Das sei völlig inkonsequent. Man habe ein sauberes Verfahren abgewickelt, und jetzt wolle man das Ganze wieder umdrehen. Da könne der Stadtrat mit seiner Arbeit gleich aufhören.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) berichtet, er sammle in einer Gemeinde Papier, die 10 Rappen pro Kilo Altpapier bezahle. Er wundere sich darüber, was für Unkosten Liestal damit in den Betrieben habe. In der Gemeinde, in der er Papier sammle, gebe es das nicht. Es sei ihm nicht klar, was Liestal überhaupt mit dem Papiersammeln zu tun habe. Man müsse anschauen, weshalb diese Unkosten entstünden.

Andreas Zbinden (FDP) gibt zu bedenken, dass das Thema in einem grösseren Zusammenhang zu sehen sei. Eigentlich würde der Betrag allen Jungen in Liestal gönnt. Aber die Stadt habe ein grosses strukturelles Defizit von einer Million. Geld ausgeben sei nun mal einfacher als sparen. Die Stadt befinde sich nicht in einer Situation, in der sie Geld ausgeben könne. Wenn die Stadt Projekte vorlege, dank denen man sparen könne, so müsse man konsequent sein, auch wenn dies die Vereine betreffe.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt an, dass das Papiersammeln ein gesamtschweizerisches Thema sei. Es gebe einen schweizerischen Markt, und irgendwo in diesem Markt bestehe eine grosse Lücke. Dies müsste man genauer untersuchen, um der Sache mit dem Geld fürs Papiersammeln auf die Spur zu kommen. Dies wolle er als Tipp weitergeben.

Bernhard Fröhlich (FDP) betont, dass die Stadt den Auftrag habe, nach Sparmöglichkeiten zu suchen, da könne man nicht jeden Punkt hinterfragen. Für ihn sei wichtiger, zu sehen, was die Stadt den Vereinen insgesamt biete. Der Abzug tue ihm zwar weh, ihm sei aber auch bewusst, dass er zum Beispiel gratis auf einem Platz Fussball spielen könne, andere könnten gratis eine Halle benützen. Es gebe ein gutes Infrastrukturangebot.

://: Der Zusatzantrag von Ernst Gebhard wird mit 21 zu 11 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

Zusatzanträge der Fiko

4. **Antrag: 020.506.04 Ersatz Hardware**

Die Fiko beantragt, diesen Budgetposten in einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen.

://: Grossmehrheitliche Zustimmung.

5. **Antrag: Hallenbad**

Im Rahmen des Budgets wird ein Beitrag von CHF 400'000.- zugesagt. Über eine Erhöhung auf CHF 600'000.- wird im Januar 2004 bei der Diskussion der Vorlage 03/154 entschieden werden.

://: Grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Zusatzanträge der BPK

200 503.09, Kindergarten Radacker CHF 500'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

241 503.01, Sanierung Primarschulhaus Gestadeck CHF 100'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

740 503.02, Friedhof CHF 300'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

710 501.50, Kanal H2, Untere Brunnmatt CHF 300'000
Wird aus dem Voranschlag gestrichen.

**710 501.53, Abwasserkanal
Waldenburgerstrasse/Grammetstrasse** CHF 400'000
Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

://: Alle fünf Anträge werden ohne Gegenstimme angenommen.

Schlussabstimmung

Die Anträge 1, 2 und 3 des Stadtrates und der Fiko sind identisch

1a. **Antrag: Budget**

Das Budget für das Jahr 2004 wird genehmigt.

Philipp Senn (SP) führt aus, es sei wichtig, dass man auf die Schwächen des Budgets, zum Beispiel bei den Annuitäten in den Schulanlagen, hinweise. Wie aber verhalte es sich mit der vorausgesagten Trendwende? In der heutigen Finanzlage sei es illusorisch, zu glauben, die Trendwende sehe quasi wie ein V-Tal aus - zuerst hinunter, dann wieder hinauf. Er habe eher das Gefühl, man durchquere - bildlich gesprochen - das Ergolz-, wenn nicht gar das Rheintal; mit anderen Worten, man bleibe vorläufig in der Ebene. Es gehe noch nicht wirklich aufwärts, aber auch nicht mehr abwärts. Das Wichtige an diesem Budget sei, dass ein Prozess und ein Konsens dahinterstünden. Der Stadtrat und auch die Verwaltung hätten daran gearbeitet. Die SP-Fraktion frage sich auch, was eine Rückweisung bringen und ausserdem kosten würde. Die Fraktion werde deshalb nicht für eine Rückweisung stimmen.

Ratspräsident Paul Finkbeiner erinnert daran, dass der Rat in der Eintretensdebatte das Eintreten beschlossen habe. Jetzt gehe es darum, ob man das Budget annehmen oder ablehnen wolle.

://: Das Budget wird mit 20 zu 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

1b. **Antrag: Stellenplan**

Vom Stellenplan wird Kenntnis genommen.

://: Dem Antrag wird mehrheitlich bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

2. **Antrag: Gemeindesteuersätze**

Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen	67,0% der Staatssteuer (unverändert)
Juristische Personen	5,0% Ertragssteuer (unverändert)
	5,5‰ Kapitalsteuer (unverändert)
Feuerwehropflichtersatz	0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)

://: Die Gemeindesteuersätze werden einstimmig angenommen.

3. **Antrag: Teuerungsausgleich**

Der Teuerungsausgleich wird analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen (weshalb der im Budget eingestellte Teuerungsausgleich von 1% zu streichen ist).

://: Der Antrag wird grossmehrheitlich bei einigen Enthaltungen angenommen.

282 B.1.1./F.3.4.3. Jahresprogramm

3. Bericht des Stadtrates betreffend Jahresprogramm 2004 (Nr. 03/160)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 22.08.2001 von den Legislaturzielen der Jahre 2001 - 2004 des Stadtrates mit zehn strategischen Schwerpunkten im Sinne von bereichsübergreifenden Querschnittszielen Kenntnis genommen.

Frühzeitig sollen die Arbeiten an der strategischen Legislatur- und Finanzplanung 2005ff in Angriff genommen werden. In diesem Rahmen werden auch wichtige Fragen des Verhältnisses des Agglomerationskerns Liestal zu seinen Nachbargemeinden sowie der Hauptstadt Liestal zum Kanton geklärt.

Der Übergang vom siebenköpfigen zum fünfköpfigen Exekutiv-System und zur entsprechenden Verwaltungsorganisation mit fünf Bereichen stellt im Jahr 2004 eine überaus markante Änderung dar.

Mit der in Gang befindlichen Zonenplanrevision sollen möglichst günstige Voraussetzungen für die Entwicklung unseres Gemeinwesens unter den gegebenen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Das Schwergewicht der operativen Aktivitäten im Planjahr 2004 liegt neben der Fortsetzung der Anstrengungen zur Qualitätssteigerung in allen Bereichen insbesondere in der Durchführung der Prozesse zur Erreichung der mit dem Finanzplan 2004ff und im Voranschlag 2004 gesetzten Sparziele. Im Vordergrund stehen dabei drei Reorganisationsprozesse: die Neuausrichtung des Bereichs Betriebe, die Reorganisation der Sozialen Dienste und die Fusion der Bereiche Zentrale Dienste und Finanzen.

Ein weiteres Schwergewicht soll weiterhin auf die externe und interne Kommunikation der Stadt Liestal und die Förderung der Wirtschaft (Bestandspflege, Ansiedlung) gelegt werden.

Das Jahresprogramm präsentiert sich gestützt auf die einwohnerrätlichen Forderungen nach Harmonisierung, Systematisierung und Verwesentlichung in formell veränderter Form und macht einen ersten Schritt in Richtung einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung. Diese orientiert sich systematisch am Aufbau des Kontenplans des harmonisierten Rechnungsmodells.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresprogramm 2004 Kenntnis.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, die integrierte Aufgaben- und Finanzplanung sei immer wieder gefordert worden. Der Stadtrat habe sich daran auch die Zähne ausgebissen. Mit dem neuen Stadtverwalter seien Inputs hinzugekommen. Die Vorstellung, wie ein solches Jahresprogramm auszusehen habe, habe man in den Grundzügen der GPK unterbreitet und dort eine gewisse Akzeptanz gesehen. Das vorliegende Jahresprogramm befriedige den Stadtrat, es sei ein gutes Instrument.

Ratspräsident Paul Finkbeiner stellt fest, dass es zum Eintreten keine Voten gebe. Deshalb könne man zur Detailberatung übergehen.

Peter Schäfer (FDP) teilt mit, dass nach Meinung der FDP-Fraktion das Jahresprogramm zu spät an den Rat gelangt sei, nämlich erst mit der Einladung zur heutigen

Sitzung. Es erfordere Zeit, um ein so umfangreiches Programm zu würdigen. Die Form, in der es sich präsentiere, werde begrüsst. Auch die FDP-Fraktion sei gespannt, wie der Amtsbericht mit dem Jahresprogramm korrespondieren werde. Man hätte das Jahresprogramm zum Vergleich gerne gleichzeitig mit dem Budget gehabt. Einzelne Programmpunkte habe man nicht gesamthaft diskutieren können. Grundsätzlich sei die FDP-Fraktion aber für Kenntnisnahme.

Franz Kaufmann (SP) bestätigt, die Zeit von der Zustellung des Jahresprogramms bis jetzt sei kurz gewesen. Man sei mit der Budget-Debatte beschäftigt gewesen und daher nicht zu einer vertieften Analyse gekommen. Die SP-Fraktion hege aber eine wohlwollende Haltung dem Programm gegenüber. Es wäre jedoch besser, es im Januar zu besprechen. Damit stelle er einen Antrag auf Verschiebung des Traktandums.

Adrian Mächler (FDP) sagt, er unterstütze die Idee von Franz Kaufmann. Er finde es gut, wenn der Stadtrat ein Feedback auf das Jahresprogramm erhalte; das habe dieser verdient.

://: Das Traktandum wird mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen auf Januar 2004 verschoben.

283 P.2.9.1. Verkehrspolizei: Strassensignalisation, Verkehrsbeschränkungen, Wegweiser

4. Bericht des Stadtrates betreffend Tempo 30-Zone im Langhagquartier (Nr. 03/161)

Das Ratsbüro beantragt die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission.

://: Das Geschäft wird mit 20 zu 14 Stimmen an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

284 S.2.6. Verkehrs- und Strassenplanung, Bauprogramme
5. Bericht des Stadtrates betreffend Begegnungszone im
Stedtli (Nr. 03/162)

Das Ratsbüro beantragt die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission.

://: Das Geschäft wird mit 20 zu 14 Stimmen an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

285 H.1.3.3. Gewerbe und Detailhandel: Markt- und Hausierhandel, Verkaufswagen

6. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Paul Finkbeiner betreffend ergänzende Verkehrsbestimmung zur Marktverordnung (Nr. 02/83)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung im August 2002 das Postulat von Paul Finkbeiner an den Stadtrat überwiesen, worin der Stadtrat gebeten wird, die Marktverordnung dahingehend anzupassen, damit gewährleistet ist, dass die Marktstände nicht schon ab 17.30 Uhr abgeräumt werden.

Gemäss § 12 Ziffer 2 der Marktverordnung dürfen am Warenmarkt die Standplätze vor 17.30 Uhr nicht verlassen werden. Nach Abs. 3 desselben Paragraphen richten sich die anderen Märkte nach den Ladenöffnungszeiten. Mit anderen Märkten sind hier der Hobbymarkt, Weihnachtsmarkt und weitere vom Stadtrat gem. § 10 bewilligte Märkte gemeint. Die Abbruchzeit für den Warenmarkt ist speziell geregelt, weil die einzuladende Warenmenge und die Anfahsstrecken der Marktfahrer hier grösser sind als bei den anderen Märkten. Mangels Beleuchtung wurde die Dunkelheit gemieden. Zudem werden an demselben Abend die Stände durch die Betriebe wegtransportiert, was ebenfalls besser im Tageslicht vor sich geht. Es ist eine Spezialbestimmung, die der allgemeinen Regel, die für die „anderen“ Märkte gelten, vorgeht. Der Schweizerische Marktverband signalisiert indessen, dass er Ausdehnung auf 18.00 bis 18.30 Uhr sähe.

Die Marktverordnung befindet sich derzeit in Totalrevision. Die wesentlichen Bestimmungen werden künftig auf Reglementsstufe geregelt und die Ausführungsbestimmungen in stadträtlichen Erlassen. Das Marktreglement wird voraussichtlich im März/April 2004 vom Stadtrat an den Einwohnerrat überwiesen. Der nächste Warenmarkt findet im März statt. Der Stadtrat wird nach Vornahme der noch ausstehenden Detailabklärungen (Schweizerischer Marktverband, Betriebe) im Verlauf des Januars 2004 die MarktfahrerInnen anweisen, den Warenmarkt bis 18.15 Uhr aufrecht zu erhalten.

Im Zusammenhang mit der Zusammenführung zweier Bereiche (Zentrale Dienste/Finanzen) wird derzeit geprüft, ob die Durchführung des Marktes aus der Stadtverwaltung ausgelagert werden soll. So oder so wird es auch künftig eine Marktchefin oder einen Marktchef geben. Die Zuständigkeit hierfür wird auf Ende Januar 2004 zur Stadtpolizei wechseln.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Vom Zwischenbericht zum Postulat Nr. 02/83 von Paul Finkbeiner vom 20. April 2002 betreffend ergänzende Verkehrsbestimmung zur Marktverordnung wird Kenntnis genommen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) führt aus, wenn die im Zwischenbericht aufgezeigten Punkte ins überarbeitete Reglement einfliessen würden, sei das Anliegen seines Postulats erfüllt. Er danke dem Stadtrat für die positive Art, mit der er das Anliegen aufgenommen habe.

Daniel Schwörer (FDP) stellt den Antrag, dass man nicht nur vom Zwischenbericht Kenntnis nehme, sondern das Postulat gleich abschreibe. Das Postulat sei schliess

lich kein Auftrag zur Reglementsänderung. Er sei der Überzeugung, dass die Zwischenberichte in den meisten Fällen bereits die gewünschten Resultate lieferten. Die Zwischenberichte stützten sich auf eine Bestimmung im Geschäftsreglement. Er werde sich vorbehalten, ein Verfahrenspostulat zum Thema Zwischenberichte vorzubereiten und eventuell einzureichen. Es gehe ihm dabei um bestehende Fristen.

://: Der Zwischenbericht zum Postulat Nr. 02/83 von Paul Finkbeiner vom 20. April 2002 betreffend ergänzende Verkehrsbestimmung zur Marktverordnung wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat wird mit zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung abgeschrieben.

286 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Postulat von Lukas Flüeler namens der Fraktion Grüne/Fraumättler betreffend urwaldfreundliche Gemeinde ufG (Nr. 03/155)

Ratspräsident Paul Finkbeiner fragt den Stadtrat, ob dieser das Postulat übernehmen wolle.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt die grundsätzliche Bereitschaft des Stadtrates, das Postulat entgegenzunehmen. Es gebe aber ein paar Dinge dazu zu sagen. In dem Postulat würde ein konkretes Verhalten vom Stadtrat verlangt; dies sei eigentlich nur mit einer Motion möglich. Wenn der Stadtrat mit der Übernahme des Postulats tatsächlich bestimmte Verpflichtungen einginge, würde er es ablehnen. Wenn das Anliegen aber tatsächlich als Postulat gemeint sei, würde der Stadtrat es gerne entgegennehmen. Er würde die Frage, wie die Stadt Liestal den Gedanken der Agenda 21 verankern könne, überprüfen. Der Gedanke, der hinter dieser Organisation stehe, sei sehr lobenswert. Der Stadtrat könne aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, ob Liestal urwaldfreundliche Gemeinde sein wolle, weil nicht klar sei, ob bei den Konsequenzen, die dies hätte, Aufwand und Ertrag im Gleichgewicht stünden. Eventuell würde der Stadtrat andere Dinge der Agenda 21 in den Vordergrund stellen. Der Stadtrat würde die Frage gerne prüfen und dann Bericht erstatten, wolle jetzt aber nicht den vorgelegten Anträgen zustimmen.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) führt aus, er sei dankbar dafür, dass der Stadtrat der Sache gegenüber positiv eingestellt sei. Die Unterzeichnung der Verpflichtung, urwaldfreundliche Gemeinde zu werden, zwingt nicht zu bestimmten Handlungen, sondern leite lediglich dazu an, in eine gewisse Richtung zu gehen. Das sei ein Unterschied. Es sei nicht so, dass Liestal als urwaldfreundliche Gemeinde kein Holz mehr aus Urwäldern verwenden dürfe. Man überlege sich dann aber, wo dies Sinn mache. Ihm scheine es wichtig, dass die Gemeinde aktiv werde, dass sie ein Zeichen setze und etwas für die Umwelt tue. Er wolle dem Stadtrat den Anstoss geben, dieses Zeichen zu setzen. Er bitte darum, dem Postulat zuzustimmen.

Werner Spinner (FDP) sagt, seine Fraktion sei gegen die Überweisung des Postulats, aber nicht, weil sie die Idee schlecht fände. Sie sei lediglich der Meinung, man solle dem Stadtrat im operativen Bereich nicht dreinreden. Der Stadtrat könne doch dieses Anliegen der Verwaltung übertragen. Dann könnten sich die Verantwortlichen in den einzelnen Bereichen selbst um die Umsetzung kümmern. Es sei gar nicht notwendig, daraus ein Geschäft zu machen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, ihre Fraktion finde die Idee sehr gut und sei für die Überweisung des Postulats. Es sei wichtig, dass der Urwald geschützt werde. Der Kanton Baselland habe dasselbe Postulat bereits überwiesen. Positive Schritte seien die Verwendung von Recycling-Papier und die Senkung des Papierverbrauchs.

Hanspeter Mohler (FDP) äussert, es sei gut, sich für die Umwelt einzusetzen. Ihm sei aber nicht klar, was die zu unterzeichnende Erklärung eigentlich bedeute. Konkret gehe es ihm um den Satz: "Damit sind die Gemeinden und Städte verpflichtet, im Rahmen einer lokalen Agenda 21 ihren Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung bei

zutragen." Er sei schon ein paar Jahre im Einwohnerrat, aber er wisse nicht, was die lokale Agenda 21 sei. Der Rat habe so etwas nie beschlossen. Er erinnere an das Kyoto-Protokoll, dem China, Russland und Amerika nicht beitreten würden. Der Sinn eines Beitritts der Schweiz würde sich da sehr relativieren. Mit diesem Beispiel wolle er verdeutlichen, dass das Ganze zu überdenken sei.

Ernst Burkhardt (SP) weist darauf hin, dass es manchmal wichtig sei, solche Prozesse einzuleiten. Wenn nichts Verbindliches gesagt werde, handle man weiterhin so, wie man immer gehandelt habe. Es brauche einen Prozess, um etwas zu ändern, und dies bringe einen gewissen Aufwand mit sich. Auch in dieser Frage sei allmählich eine konsequente Haltung notwendig. Der Stadtrat solle durch das Postulat die Chance haben, das Ganze abzuklären und einen verbindlichen Beschluss zu fassen.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) informiert über die lokale Agenda 21. Sie erinnert daran, dass die Schweiz 1992 am Erdgipfel in Rio de Janeiro das Ziel einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung mitunterzeichnet habe. Es gehe dabei um die Aspekte Umwelt, Soziales und Wirtschaft, die in einem ausgewogenen Verhältnis gefördert werden sollten. Die lokale Agenda 21 bedeute, dass die in Rio beschlossene Agenda im Lokalen umgesetzt werde. Dazu gebe es einen Leitfaden für die Gemeinden, der zeige, wie sich Nachhaltigkeit auf Gemeindeebene umsetzen liesse. Das Postulat von Lukas Flüeler weise in diese Richtung,

Daniel Schwörer (FDP) fügt bei, die Notwendigkeit des Urwaldschutzes sei unbestritten, ebenso die Notwendigkeit der Agenda 21. Der Schutz der Verwaltung vor unnötiger Papierproduktion sei aber auch eine gute Sache. Er schlage einen pragmatischen Weg vor, nämlich, dass das Postulat nicht überwiesen werde. Im Sinn und Geist solle der Inhalt aber ein Auftrag an die Stadtregierung bleiben. In einer Fragestunde könne man nachfragen, wie weit die Sache gediehen sei. Wenn das nicht reiche, könne man immer noch schriftlich etwas formulieren. Gerade bei diesem Beispiel liesse sich zeigen, dass man konsequent handle, indem man nicht unnötig Papier und Ressourcen in der Verwaltung verbräuche.

Hanspeter Mohler (FDP) betont, er habe nie gesehen, dass man im Einwohnerrat eine Agenda 21 behandelt und angenommen habe. Wenn man die Überweisung befürworte, führe man die Agenda 21 mit einem an sich unterstützenswerten Postulat ein, was aber vielleicht einen Rattenschwanz von anderen Dingen hinter sich her ziehe. Ihm gehe es um die prinzipielle Frage der Haltung des Einwohnerrats zur lokalen Agenda 21.

Orla Oeri-Devereux (SP) ruft in Erinnerung, dass sie an der letzten Einwohnerrats-Sitzung die Agenda 21 erwähnt habe. Der Kanton habe fünf Gemeinden für die Umsetzung der Agenda auf lokaler Ebene ausgesucht. Zum Votum von Daniel Schwörer führt sie an, eben erst sei die FDP bereit gewesen, das Budget zurückzuweisen, was einen grossen Aufwand zur Folge gehabt hätte. In Liestal hätten sich bestimmt viele Einwohnerinnen und Einwohner mit der Agenda 21 befasst. Für sie sei es wichtig, dass sich auch die Stadt mit der nachhaltigen Entwicklung auseinandersetze.

Franz Kaufmann (SP) stellt fest, alle würden sagen, das sei eine gute Sache; er befürchte aber, dass niemand es wage, auch etwas in diese Richtung zu unternehmen. Es gehe nun darum, die Haltung der Stadt festzulegen. Das Thema Nachhaltigkeit

sei übrigens auch im Jahresprogramm festgehalten. Die SP-Fraktion sei deshalb für die Überweisung des Postulats.

Adrian Mächler (FDP) fügt bei, was man mit dem Postulat beschliessen würde, wäre operativ; der Einwohnerrat sei aber das strategische Element und der Stadtrat das ausführende Element. Wenn man den Antrag abändere, sei die FDP-Fraktion ebenfalls für die Überweisung. Mit dem Antrag solle der Stadtrat lediglich beauftragt werden, die Angelegenheit zu prüfen und mündlich Bericht zu geben.

Orla Oeri-Devereux (SP) entgegnet, ihre Fraktion hätte gerne etwas Verbindliches.

Stadtrat Heiner Karrer ergänzt, wenn es nur darum gehe, die Erklärung zu unterschreiben, brauche es danach keinen Bericht zu Händen des Einwohnerrates mehr. Der Stadtrat wolle aber nicht die Erklärung unterschreiben, sondern habe etwas anderes im Sinn. Liestal sei nicht bei den Pilotgemeinden des Kantons dabei. Statt nun das Thema vorläufig ad acta zu legen und auf die Resultate des Pilotversuchs zu warten, wolle der Stadtrat sich überlegen, was Liestal jetzt in dieser Hinsicht unternehmen könne. Urwaldschutz sei ein Beispiel; es gebe aber auch andere Fragen der Nachhaltigkeit, etwa in der Energiepolitik. Der Stadtrat würde es sich gerne zur Aufgabe stellen, sich zu überlegen, wie eine lokale Agenda 21 für Liestal aussehen könnte. Darüber wolle der Stadtrat dann berichten.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) verliest den inzwischen von Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) formulierten Änderungsantrag. Der Antrag des Postulats lautet nun folgendermassen:

1. Die Stadt Liestal überprüft die Unterzeichnung der Erklärung urwaldfreundliche Gemeinde des Bruno Manser-Fonds.

2. Der Stadtrat prüft, in welcher Form für Liestal eine lokale Agenda 21 geschaffen werden kann.

://: Mit grossem Mehr bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

287 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**8. Interpellation von Jürgen Hänggi namens der Fraktion
GL/Fraumättler betreffend Abfallreglement (Nr. 03/158)**

Zu den Fragen der Interpellation nimmt Stadtrat Werner Kunz wie folgt Stellung:

1. *Handelt es sich bei der Abfallrechnung, welche der Entsorger (Saxer AG, Basel) der Stadt Liestal stellt, um eine aufwandbezogene, um eine mengenbezogene oder um eine Mischrechnung der beiden erstgenannten?*

Es handelt sich um eine mengenbezogene Rechnung. Pro Tonne Abfall bezahlt die Stadt der Firma Saxer CHF 78.50 und CHF 198.- für die Verbrennung. Eine Tonne kostet demnach CHF 276.50, hundert Kilo kosten CHF 27.65.

2. *Wie begründet der Stadtrat den massiven Mengenrabatt, den er den Verursachern von grossen Abfallmengen (Container) gewährt? Sind die im Verhältnis dazu extrem teureren Gebühren, welche die Stadt Liestal für kleinere Abfallmengen (Abfallsäcke) verlangt, durch einen Mehraufwand der Stadt Liestal begründet und gerechtfertigt? Um 800 l Abfall in 17l-Säcken zu entsorgen (es braucht 47 Säcke), bezahlen diejenigen, welche nur kleine Abfallmengen produzieren, CHF 65.90, und dies sind sage und schreibe CHF 23.90 oder 56,9% mehr! Wird der Anreiz, geringe Abfallmengen zu produzieren, durch diese Preispolitik nicht zunichte gemacht?*

Die Überlegung, dass man 47 Abfallsäcke à 17 Liter in einen 800-Liter-Container hineinbringt, ist interessant. Jürgen Hänggi hat dabei aber wohl vergessen, dass ein Container viereckig ist, ein Sack aber rund und dass deshalb viele Zwischenräume entstehen. Ausserdem ist zu beachten, dass heute ein 17-Liter-Sack im Durchschnitt fünf Kilo wiegt, ein 35-Liter-Sack sieben bis acht Kilo. Ein Gewerbe-Container, der geleert wird, enthält im Schnitt 130 Kilo. Die Berechnungen von Jürgen Hänggi sind daher theoretisch, sie stimmen nicht mit der Praxis überein. Wer einen 17-Liter-Sack hinausstellt, fährt günstiger als derjenige, der einen Gewerbe-Container hat. Die Stadt Liestal ist, im Vergleich mit den Preisen in der Region, nicht zu billig bei den Gerwerbecontainern. Dazu kommt, dass der Verwaltungs- und Transportaufwand beim 17-Liter-Sack bedeutend grösser ist als beim Gewerbecontainer.

2. *Gedenkt der Stadtrat, eine Grundgebühr (aufgrund der Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes) für die Abfallentsorgung zu erheben? Wenn ja, wie gedenkt der Stadtrat die neuen Gebühren zu regeln?*

Der Stadtrat hat darüber noch nicht diskutiert. Er ist daran, im Rahmen der Teilprojekte in den Betrieben abzuklären, ob eine solche Grundgebühr vernünftig wäre. Es gibt in der Umgebung noch keine Gemeinde, die diese Gebühr schon hat. Liestal möchte zusammen mit dem Gemeindeverband eine Lösung suchen. Es sollen auch noch andere Dinge abgeklärt werden, zum Beispiel, ob man Sackdepots einrichten will. So könnte man auch Kosten sparen. Der Stadtrat hofft, im Verlauf des März/April eine erste Vorlage aus den Betrieben zu erhalten. Es wird eine Reglementsänderung brauchen. Vielleicht reicht es, noch vor den Sommerferien mit einem neuen Abfallkonzept vor den Einwohnerrat zu treten.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) dankt für die Beantwortung der Fragen und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) stellt fest, man habe aus den Antworten erfahren, dass die Firma Saxer mengenbezogen abrechne. Ausserdem habe man gehört, die Stadt Liestal habe mit Abfallsäcken mehr Aufwand als mit Containern. Für die Entsorgungsfirma zähle also nur das Gewicht. Die Abfallmarken verkaufe man aber für das Volumen. Er verstehe nicht, dass trotzdem noch so ein grosser Unterschied da sei. Für die Firma Saxer spiele es in der mengenbezogenen Rechnung doch keine Rolle, ob sie hinten auf dem Wagen Leute habe, die Säcke zusammentragen, oder Leute, die Container hinauffahren. Er könne die Argumentation nicht nachvollziehen.

Daniel Schwörer (FDP) hält fest, der Punkt sei das Verhältnis zwischen Abfallsack und Container. Hier gebe es eine grosse Kluft. Für den Abfallabnehmer, der mengenmässig abrechne, spiele es keine Rolle, ob der Abfall im Sack oder im Container sei. Aber für den Bürger spiele es eine Rolle, ob er seinen Abfall im Sack oder im Container bezahle. Der Bürger, der einen Container habe, fahre sehr viel besser. Es sei eine Frage der Rechtsgleichheit. Das Gesetz erlaube eigentlich nur, für die Grünabfälle eine andere Gebühr als für die nicht wiederverwertbaren Siedlungsabfälle zu verlangen. Bei der Überarbeitung des Abfallreglements sollte man die beiden Preise näher zusammenbringen.

Philipp Senn (SP) sagt, der entscheidende Punkt sei, dass in Kilo bzw. Tonnen abgerechnet werde. Es wäre deshalb sinnvoll, die ganze Abfallproblematik auf diese Einheit zu eichen. Für ihn seien die Ausführungen von Stadtrat Werner Kunz sehr einleuchtend.

Somit ist die Interpellation erledigt.

288 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**10. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion
für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend (Nr. 03/163)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Institute der Universitäten Lausanne und Bern und der Tessiner Gesundheitsdienst führten mit Unterstützung des Bundesamtes für Gesundheit und der Kantone eine Studie „SMASH 2002„ (www.umsa.ch/) über die Gesundheit und den Lebensstil 16- bis 20-Jähriger in der Schweiz durch. Die drei wichtigsten Befunde gemäss dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Studie sind:

- Die Mehrheit der befragten Jugendlichen fühlt sich gesund.
- 30% der Jugendlichen haben Schwierigkeiten auf der emotionalen oder Beziehungsebene oder zeigen Risikoverhalten.
- Seit 1993 (der Zeitpunkt einer ersten SMASH-Studie) hat sich die Situation insbesondere in den Bereichen psychische Gesundheit und Suchtverhalten verschlechtert.

Im Weiteren hat die Eidgenössische Alkoholverwaltung Besorgnis erregende Verkaufszahlen veröffentlicht:

- In 2000 wurden 1,7 Millionen Flaschen Alcopops verkauft
- In 2001 28 Millionen Flaschen
- In 2002 39 Millionen Flaschen

Da das Zielpublikum für Alcopops eindeutig ist, sind diese Zahlen umso beunruhigender.

Zudem erfährt man zunehmend von gespannten Verhältnissen und Gewalt zwischen Jugendlichen am Bahnhof Liestal.

In Anbetracht dieser nationalen und lokalen Entwicklungen stellen sich einige Fragen. Was für Probleme und Schwierigkeiten haben unsere Jugendlichen in Liestal, wie schwerwiegend sind diese Probleme bzw. Schwierigkeiten, wie und von wem werden sie angegangen, wie steht es mit dem Verkauf und Konsum von Alkohol, Alcopops und illegalen Drogen, wie und wer befasst sich mit den Problemen am Bahnhof Liestal?

Um diese und eventuell andere Fragen zu beantworten, wird der Stadtrat beauftragt, dem Einwohnerrat in einem Bericht eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend vorzulegen und gegebenenfalls Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Der Ratsschreiber

Martin Schneider